

Liebe Leserinnen & Leser,

auf ihrer Internetseite erklärt die „Rettet-die-Biene“ Kampagne, dass sie in einen „Dialog mit der Landesregierung“ treten will, das Sammeln von Unterschriften allerdings nicht stoppen, sondern momentan nicht „aktiv weiterbetreiben“ will. Wir geben trotzdem unseren „Senf“ dazu, denn wir meinen, dass die heftige öffentliche Auseinandersetzung uns einiges zu sagen hat. Grüne Holzkreuze in Feld und Flur als Protest von Bauern sind ja kein Pappenstil.

Falls Sie den einen oder anderen Zweifel haben an den „grünen“ Bemühungen der Lebensmittelgroßkonzerne: Recht haben Sie. Beachten Sie zum Thema unsere „Randnotiz“. Die Mutmachgeschichte erzählt von der Not und der Hilfe im Mittelmeer und dann gibt es noch einen ganz wichtigen Terminhinweis: Am Freitag, dem 15. November, findet die erste öffentliche Info-Veranstaltung von „Xäls“, der neu gegründeten Regionalgenossenschaft, statt. Unbedingt vormerken!

*Christina Schneider
Nikolaus Schneider*

xäls
Ökologische
Genossenschaft
Neckar-Alb

www.xäls.de

INFORMATIONENABEND: Die Regional- Genossenschaft stellt sich vor

**Freitag
15. November**
ab 19.00 Uhr
Hermann-Hepper-Turnhalle, Tübingen

**Gastvortrag:
Niko Paech**
Postwachstumsökonom

Ein Archiv aller bisherigen Ausgaben gibts hier:

www.marktlese.de

Noch mehr Neuigkeiten, Fotos & Hinweise auf Veranstaltungen:

www.dermarktladen.de

Jetzt online bestellen. Wir liefern von Montag bis Donnerstag im ganzen Tübinger Stadtgebiet. Bei Bestellung bis 12 Uhr sogar am selben Tag!

shop.dermarktladen.de

IMPRESSUM

DIE MARKTLESE erscheint monatlich und wird herausgegeben von DER MARKTLADEN, Michael Schneider, Vogelbeerweg 4, 72076, Tübingen 07071 56 555 0, redaktion@dermarktladen.de, www.dermarktladen.de
Für den Inhalt verantwortlich: Michael Schneider
Alle Rechte vorbehalten. Druckfehler vorbehalten.

Chefredaktion: Michael Schneider

Redaktionelle Mitarbeit: Coco Lasinski, Hannes Schneider

Druck: Uhl-Media GmbH, Kemptener Straße 36, D-87730 Bad Grönenbach

Druck erfolgt klimaneutral auf 100% Recyclingpapier, chlorfrei

gebleicht mit mineralölfarmen Öko-Druckfarben und Chemie- und

wasserfreier Druckplattenherstellung.

DE-BW-006-19532-B

Marktlese

für regionale Wertschätzer &
kulinarische Weltenbummler

RETTET DIE BIENE!*



*nur ein bisschen

63 | November 2019



Verkostung im November:

15.11. FREITAG AM EUROPAPLATZ

& 16.11. FREITAG IM VOGELBEERWEG

Weingut Fuchs-Jakobus

Das Demeter-Weingut Fuchs-Jacobus arbeitet auf, für die Region typischen, Schieferhanglagen in Schweppenhausen. Keine 20 Kilometer entfernt von Bingen am Rhein. Für die Winzerfamilie und ihre Helfer bedeuten die 15 Hektar Steillage am Steyerberg viel Handarbeit. Maschineneinsatz ist kaum möglich. Doch der Aufwand lohnt sich: Beim Internationalen Bio-Weinpreis 2018 konnte Familie Jacobus einmal Großes Gold, siebenmal Gold und dreimal Silber abräumen. Damit waren sie das erfolgreichste Demeter-Weingut Deutschlands.
www.fuchs-jacobus.de



Weingut
Fuchs-Jacobus



- 1 Schmelzkohlrabi (ca. 600g)
- 2 Birnen
- 1 Zitrone + Abrieb
- 5 EL Olivenöl
- 50g Sonnenblumenkerne
- etwas Selleriegrün
- ½ TL Fenchelsamen

Der Winter – und damit die Auswahl an saisonalem Gemüse – kann sehr eintönig werden. Wenn entweder das zum Problem wird oder es Ihnen irgendwann reicht mit Käsefondue und Leberknödeln und Ihr Gaumen nach etwas Frischem lechzt, dann komm dieser Wintersalat mit sommerlicher Seele genau richtig.

1. Birnen vierteln, entkernen und in feine Scheiben schneiden. Dann den Kohlrabi schälen und (z.B. in dickere Stifte) schneiden. Beides in eine Schüssel geben und den Abrieb und den Saft der Zitrone dazu.
2. Die Sonnenblumenkerne in einer Pfanne ohne Fett anrösten, bis sie duften. In derselben Pfanne danach die Fenchelsamen ebenso kurz rösten und anschließend im Mörser zerkleinern.
3. Den Salat mit Olivenöl, Salz und Zucker abschmecken und etwas feingehacktes Selleriegrün dazugeben.

Kohlrabi- Salat mit Birne

FÜR 4 PORTIONEN



Fleisch- Vorbestellungen in der Weihnachtszeit

Damwild

in Bioland-Qualität von Familie Hezel aus Epfendorf bei Calw gibt es wieder ab dem 06.12.2019.

Weihnachten

Die Bestelllisten für Weihnachten liegen ab Mitte November an der Fleischtheke im Marktladen aus. Die Nachfrage nach Bio-Fleisch zu Weihnachten ist größer als das Angebot, vor allem im Bereich Geflügel. Die Erzeuger müssen ihre Mengen im Vorfeld disponieren. Auch aus logistischen Gründen müssen unsere regionalen Partner frühzeitig wissen, wie groß die Nachfrage ist.

Wenn Sie Ihre Fleisch-Weihnachtsbestellung bis zum Bestellschluss am **07.12.2019** bei uns abgeben, können wir Ihre Wünsche mit Sicherheit erfüllen. Danach gilt: Nur so lange der Vorrat reicht. Wenn Sie spezielle Vorstellungen haben, wenden Sie sich jederzeit an unsere Mitarbeiter an der Fleischtheke!

Nach dem 15. Dezember sind keine Vorbestellungen mehr möglich.

Sie helfen uns und unseren regionalen Erzeugern mit der pünktlichen Abgabe Ihrer Bestellung sehr! Vielen Dank im Voraus!



Illustrationen: © iStock.com/ritsak_taramas, © iStock.com/ShowvectorStudio

KOLUMNE: SCHNEIDERS SENF

Rettet die Biene – ein bißchen!

Der Ministerpräsident, Bauern, Anbau- und Umweltschutzverbände kritisieren die Initiative zur Rettung der Bienen. Ihre Argumente sind jedoch fragwürdig.

„Die Belege sind unbestreitbar: Die Zerstörung der Artenvielfalt und der Ökosysteme hat ein Niveau erreicht, das unser Wohlergehen mindestens genauso bedroht wie der durch den Menschen verursachte Klimawandel“, sagt Robert Watson, Chef des UN-Gremium IPBES (Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services) in einem Bericht zum Zustand der globalen Artenvielfalt. „Wir erodieren global die eigentliche Basis unserer Volkswirtschaften, Lebensgrundlagen, Nahrungsmittelsicherheit und Lebensqualität.“ Weiter heißt es in der Studie, dass die Nahrungsmittelproduktion mit einem Wert von 235 bis 577 Milliarden Dollar pro Jahr durch das Sterben von Bestäuber-Insekten bedroht ist. Nur „tiefgreifende Veränderungen“ könnten Watson zufolge den Schaden für die Artenvielfalt noch eingrenzen. Oder, wie es Nils aus dem Moore vom RWI Leibnitz-Institut für Wirtschaftsforschung ausdrückt, „dass weiteres Wirtschaften mit einer nicht ausreichenden Rücksichtnahme auf die Leistungsfähigkeit der Natur absehbar ins Desaster führt – ökologisch, aber letztlich auch ökonomisch und sozial.“

Solche und ähnliche Stellungnahmen gibt es mittlerweile massenhaft. Ist irgendetwas unklar daran? Die heftige öffentliche Diskussion zum „Bienen-Volksbegehren“ in Baden-Württemberg zeigt eines überdeutlich: Wir haben die Konsequenzen und die Dramatik des Artensterbens nicht begriffen. Und niemand, offensichtlich auch nicht die Grünen oder die Bio-Anbauverbände, will eine radikale Agrarwende. Nur ein kleiner Spurwechsel, aber keine Richtungsänderung. Die konventionellen Vertreter sind wie zum Thema üblich die vehementesten Bedenkensträger. Aber auch die bis dato Verbündeten für eine Korrektur unserer Produktions- und Lebensverhältnisse fahren diesmal schwere Geschütze auf. Beispielhaft dafür die Meldung der Stuttgarter Zeitung vom 8. Oktober: „Kretschmann hadert mit Bienen-Volksbegehren“. Die Lichtgestalt der grünen Realpolitik, unser Ministerpräsident Winfried Kretschmann, hält die Initiative „Rettet die Biene“ für „überzogen“. Zu der Forderung, auch in Landschaftsschutzgebieten ein grundsätzliches Pestizidverbot durchzusetzen, äußert er sich folgendermaßen: „Das hätte dramatische Folgen für Tausende von konventionell und biologisch wirtschaftenden Betrieben (...) und das geht so nach unserer Ansicht auf gar keinen Fall.“ Auch die badischen Öko-Winzer und der Landesnaturschutzverband (LNV), so berichten es die Stuttgarter Nachrichten, halten das Pestizidverbot in Landschaftsschutzgebieten für überzogen. Sie verweisen bei ihrer Kritik auf einen sehr wichtigen, baden-württember-

gischen Gesichtspunkt: „Ohnehin sei Baden-Württemberg das Land der Sonderkulturen – von Erdbeeren bis Spargel. All diese Betriebe kämen nach Ansicht der Landwirte in Existenznot.“ Dazu muss man wissen, dass Sonderkulturanbau wie Wein, Obst, Beeren, Spargel oder Hopfen mit großem Abstand die höchsten Aufwendungen für „Pflanzenschutz“ erfordern. Auch für Bio-Betriebe ist der Anbau dieser empfindlichen Kulturen eine erhebliche Herausforderung, mit teilweise nicht unproblematischen Kompromissen. Denn auch sie müssen makellose Früchte zu zunehmend niedrigeren Preisen anbieten. Deshalb ist der Widerstand in den Anbaugebieten von Sonderkulturen wie am Kaiserstuhl, im Rheintal oder in der Bodensee-Region besonders erbittert.

Die am häufigsten genannte Kritikpunkte am Volksbegehren:

1. Es darf kein Zwang auf die Landwirte ausgeübt werden, auf Bio-Produktion umzustellen

„Wer den Biolandbau voranbringen möchte, müsse dies über Anreize und veränderte Rahmenbedingungen tun anstatt über ein Gesetz, das die Betriebe zum Ökolandbau zwingt“, sagt Herr Bronner vom LNV. „Das wird nicht funktionieren.“

Diese Einlassung ist zumindest für mich überraschend, da der Berufsstand der Bauern, seit ich mich erinnern kann, von einem Zwang zum anderen getrieben wurde. Es ging beispielsweise um das Verbot von Spritzmitteln und Überdüngung, um zu hohe Belegungsdichten in der Tierhaltung, die Abschaffung von bestimmten Tierhaltungssystemen und vieles andere mehr, was im Endeffekt aber zur Verbesserungen in der Qualität der Produkte geführt hat. Man kann daher wohl behaupten: die politischen Zwangsmaßnahmen treiben die immer kleiner werdende Zahl von Landwirten seit Jahrzehnten vor sich her. Doch jetzt soll es angeblich problematisch sein, die Bauern zu einer ökologischen und nachhaltigen Wirtschaftsweise zu „zwingen“?

2. Ein ruinöser Preiswettbewerb

Der Grünen-Abgeordnete und Bio-Landwirt Martin Hahn warnt vor einem „ruinösen Preiswettbewerb“, falls es zu einem gesetzlich verordneten Anteil von 50 Prozent Biolandbau käme. Es ist die Sorge um den freien Markt, der die Skeptiker umtreibt.

Schauen wir uns den „freien Markt“ der landwirtschaftlichen Lebensmittelerzeugung mal genauer an: Öffentliche Gelder, sprich Subventionen in Milliardenhöhe, werden jährlich ins System gepumpt. Es gibt oder gab „Stilllegungsprämien“, „Extensivierungszulagen“, „Investitionshilfen“, „Dieselverbilligung“, „ermäßigter Mehrwertsteuersatz“, „Förderung von Biogas-Anlagen“, „flächenbezogene Prämien“, „öffentliche Preisintervention bei Ölfrüchten“ wie z.B. Raps, und „Exportsubventionen“. Das ist nur ein kleiner Ausschnitt der Jahrzehnte währenden öffentlichen Interventionen in den Lebensmittelmarkt. Von einem freien Markt zu sprechen, in den der Staat nicht eingreift, ist schwer nach zu vollziehen.

3. Gefahr für Baden-Württembergische Familienbetriebe

DBV-Präsident Joachim Rukwied mahnt, „(...) dass zu hohe Auflagen – wie im Volksbegehren vorgesehen – für die hiesigen Familienbetriebe, die bereits nach hohen Standards produzieren, das Aus bedeuten. Überzogener Natur- und Umweltschutz dürfe nicht zum Treiber des Strukturwandels werden.“

Herr Rukwied und die anderen Vertreter des Deutschen Bauernverbandes haben seit Jahrzehnten nur eines im Sinn: Eine deutsche Landwirtschaft zu fördern, die im globalen Markt bestehen kann. Die Fördermaßnahmen, die diese mächtige Lobby seit Jahrzehnten politisch durchsetzt, sollen das „Wachsen oder Weichen“ massiv vorantreiben. Und dies mit großem Erfolg! Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe ist seit 1990 um 60% zurückgegangen, die durchschnittliche Größe stieg um das dreieinhalbfache auf heute 62 Hektar. Dass ausgerechnet dieser Herr Rukwied sich schützend vor den baden-württembergischen Familienbetrieb stellt, ist an Falschheit kaum zu überbieten.

DAS FAZIT:

Seit Jahrzehnten werden Milliarden und Abermilliarden Euro in die Lebensmittelwirtschaft gepumpt. Und das Ergebnis ist verheerend. Immer weniger Bauern und Gärtner, immer weniger Arbeit auf dem Land, immer weniger Leben auf dem Land, immer weniger Bestäuber-Insekten, immer weniger Vögel, immer weniger Lebensmittelhandwerker (Bäcker, Metzger ...), immer weniger Lebensmittelhändler, immer mehr Gewässerbelastung, immer mehr Konzernmacht in Verarbeitung und Handel.

Am 18.10.2019 kam im Schwäbischen Tagblatt eine Meldung unter der Überschrift „Schmetterlinge kaum noch zu sehen“ wird von einer aktuellen Studie zum Rückgang der Schmetterlingspopulationen in Baden-Württemberg berichtet. Gründe lägen hauptsächlich in der intensiven Landwirtschaft und in der Versiegelung der Flächen. „Die Artenvielfalt befindet sich (...) im freien Fall“. Und die Wissenschaftler weisen u.a. darauf hin, dass laut ihren Untersuchungen das Artensterben auch vor Naturschutzgebieten nicht Halt mache. Mit dem Rückgang der Schmetterlinge ginge die gesamte Biomasse zurück, was sich dramatisch auf die Nahrungsnetze und auf höhere Ebenen der Nahrungspyramide, z.B. auf Vögel und Fledermäuse auswirke

Die Versiegelung der Flächen löst im Häusle- und Autobauer-Land Baden-Württemberg natürlich keine politische Diskussion aus. Warum nur?

– MICHAEL SCHNEIDER

QUELLEN:

stuttgarter-zeitung.de „Kretschmann hadert mit Bienen-Volksbegehren“
www.dml.onl/24

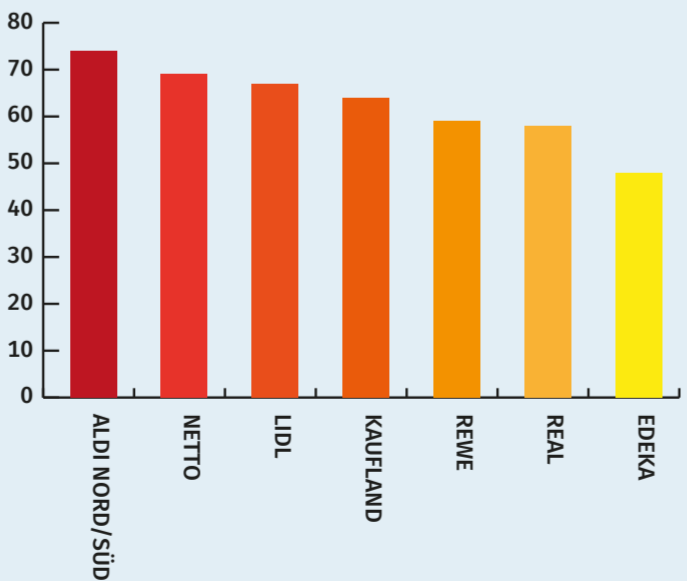
swr3.de Sammelartikel zum Thema
www.dml.onl/25

Hannoversche Allgemeine „Artensterben: Konsequenzen von Politik und Wirtschaft gefordert.“
www.dml.onl/26

stuttgarter-nachrichten.de „Naturschützer gegen Bienen-Initiative“
www.dml.onl/27

Badische Neueste Nachrichten „Landwirte wehren sich gegen Volksbegehren ‚Rettet die Bienen‘“
www.dml.onl/28

Plastikquote Deutscher Handelsketten im Bereich Obst & Gemüse in %



Ich vermute, dass die relativ niedrige Quote bei Edeka auch damit zusammenhängt, dass es, vor allem im Süddeutschen Raum, sehr viele selbstständige „Edekaner“ gibt, die tatsächlich einen höheren Einsatz beim Unverpackt-Sortiment zeigen.

Interessant ist auch folgendes Ergebnis: Es wurde untersucht, ob die lose Ware den KundInnen günstiger angeboten wird. Die Antwort darauf lautet nein, häufig ist sogar das Gegenteil

der Fall: Durchschnittlich wurde für lose angebotene Ware ein Preisaufschlag von 17 Prozent ermittelt. Spitzenreiter in dieser Kategorie waren Möhren mit einem Aufpreis von 96%, gefolgt von Äpfeln mit 76% „Unverpackt-Zulage“. Die Lebensmittel-Praxis schreibt dazu: „(...) Insgesamt zahlen in 31 der 42 getesteten Discounter und Supermärkte die Verbraucher für einen umweltfreundlichen Einkauf mehr Geld.“

Bei uns im Marktladen bekommen Sie nahezu 100% des Obst- und Gemüseangebots lose angeboten. Bis zu 120 Artikel haben wir im Sortiment. Und das alles unverpackt. Beeren gehören z.B. zu den seltenen Ausnahmen. Mehr unverpackt geht kaum.

QUELLEN:

Lebensmittelpraxis 11/2019
Lebensmittelpraxis 09/2019



Ein Schiff soll kommen



„Menschen in Seenot muss geholfen werden. Recht und Humanität verpflichten uns hierzu. Darauf haben die Kirchen in den letzten Jahren immer wieder deutlich hingewiesen ...“

Das waren eindeutige Worte des Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche Deutschlands, Bedford-Strohm im Mai dieses Jahres. Ob er ahnte, dass ihn diese prägnante Stellungnahme bald einholen würde?

Am 22. Juni, dem vorletzten Tag des diesjährigen Evangelischen Kirchentags in Dortmund, wurde eine Forderung von Teilnehmern mit großer Mehrheit als Resolution beschlossen. Zur Erklärung hieß es, dass es nicht mehr genüge, die Arbeit der NGOs bei der Seenotrettung finanziell zu unterstützen, sondern dass die EKD und ihre Gliedkirchen selbst aktiv werden und im Mittelmeer Flagge zeigen müssten.

„Kleine symbolische Schritte zur Aufnahme von Flüchtlingen seien wichtig, beendeten jedoch das Sterben im Mittelmeer durch die fehlende Seenotrettung und die fehlenden sicheren Fluchtwege nicht ...“ heißt es in der Resolution mit dem Titel *Schicken wir ein Schiff?* Und weiter: Die „(...) Kirche dürfe dem Scheitern der europäischen Regierungen nicht zusehen! Daher fordern wir die EKD und ihre Gliedkirchen auf, selbst mutig zu handeln! (...) Schickt selbst ein Schiff in das tödlichste Gewässer der Welt.“

Nach Schätzungen der UN sind 2018 mindestens 2.275 Menschen bei dem Versuch ertrunken, auf kleinen Booten das Mittelmeer von Libyen nach Europa zu überqueren. Eine Studie des UN-Flüchtlingswerks (UNHCR) zeigt, dass die Befahrung der Mittelmeerroute gefährlicher ist denn je. Die Todesrate der Menschen, die von Libyen aus das Mittelmeer überqueren, um über Italien nach Europa einzureisen, hat sich in der ersten Jahreshälfte von 2018 im Vergleich zum Vorjahr mehr als verdoppelt. Laut den Vereinten Nationen überlebt durchschnittlich einer von 18 Menschen die Reise nicht.

Nach dem Kirchentag, der im Juni diesen Jahres stattgefunden hat, bin ich zufällig auf eine online-Petition gestoßen. Ich war überaus angetan von der Idee und habe mich beteiligt. Allerdings, so muss ich gestehen, habe ich nicht recht an die Umsetzung dieser Aufforderung geglaubt. Daher hat mich die Meldung der SZ vom 20. Oktober doch sehr überrascht:

Unter der Überschrift *Ein Schiff könnte kommen* wurde berichtet, dass ein Forschungsschiff des Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung in Kiel mit dem schönen Namen „Poseidon“ ab dem Januar 2020 zum Verkauf stünde. Weiter wird berichtet, dass auf Anfrage die EKD durch einen Sprecher ausrichten ließ, dass „die Poseidon möglicherweise für so einen Einsatz geeignet sei.“

Im Artikel wird allerdings betont, dass es noch keinesfalls sicher sei, dass die EKD, falls sie denn Interesse zeigen würde, den Zuschlag bekommt. Aber ich finde es sehr ermutigend, dass von Seiten der Kirchenleitung anscheinend ernsthaft darüber beraten wird. Man stelle sich vor, ein Rettungsschiff im Namen der Evangelischen Kirche Deutschlands wird von italienischen Behörden aufgebracht. Da könnten sich beträchtliche diplomatische Schwierigkeiten ergeben. Aber ich hoffe sehr, dass die Kirchen-Oberen nicht noch Angst vor der eigenen Courage bekommen und einen Rückzieher machen.

Wenn Sie das auch so sehen wie ich, machen Sie doch gerne mit und unterstützen Sie die Petition!

– MICHAEL SCHNEIDER

Link zur Petition auf change.org
www.dml.onl/21

QUELLEN:

Neue Westfälische „Kirchentag fordert Rettungsschiff der Kirche für Flüchtlinge“
www.dml.onl/22

faz.net „Todesrate auf dem Mittelmeer ist dramatisch gestiegen“
www.dml.onl/23

Die Randnotiz

Die Deutschen sind unangefochtener europäischer Spitzenreiter beim Verbrauch von Verpackungsmüll. Im vergangenen Jahr kamen wir pro Kopf auf 218 Kilogramm. Seit 2005 „verbesserten“ wir unsere Position vom vierten auf den ersten Platz mit einer Steigerung von durchschnittlich 35 kg, das entspricht einer ungeheuerlichen Zunahme von über 15%! Besonders extrem ist es bei den Discountern. Im Mai dieses Jahres wurde die Plastik-Quote, also der prozentuale Anteil des vorverpackten Anteils der Produkte am Gesamtabsatz, von Obst und Gemüse deutschlandweit ermittelt. Also in dem Produktsegment, das sich eigentlich am besten für einen Verkauf ohne Verpackungsmüll eignet. Die durchschnittlichen Plastik-Quoten der großen Lebensmittelketten im genannten Bereich lesen sich wie folgt: